



Politische Bildung für die Demokratie

Positionspapier der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Erarbeitet von Bundesvorstand und Erweiterten Bundesvorstand der DVPB, verabschiedet am 24.11.2014

Notwendigkeit Politischer Bildung

- (1) Demokratie setzt die Politische Bildung aller voraus. Ohne Politische Bildung achtet das demokratische Gemeinwesen sich selbst gering und gefährdet seine Grundlagen.
- (2) Demokratische Werte, Normen und Institutionen bedürfen der fortlaufenden Praxis und der kritischen Reflexion von Anspruch und Wirklichkeit durch mündige Bürgerinnen und Bürger.
- (3) Politische Bildung ist in einer Demokratie gesellschaftliche Allgemeinbildung. Hierfür trägt der Staat eine besondere Verantwortung.

Charakteristika Politischer Bildung

- (4) Als gesellschaftliche Allgemeinbildung ist Politische Bildung sozialwissenschaftlich ausgerichtet, um politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge angemessen zu erfassen.
- (5) Politische Bildung orientiert sich an den Grundsätzen des „Beutelsbacher Konsens“: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsprinzip und Befähigung zur interessen geleiteten Partizipation der Lernenden.
- (6) Die Befähigung des Einzelnen zu einer reflektierten und selbstbestimmten Teilhabe am öffentlichen Leben umfasst ethisch-moralisches Urteilen und politisches Handeln.
- (7) Politische Bildung ist Bildung zur Kritik- und Konfliktfähigkeit.
- (8) Soziales und politisches Lernen sind zu unterscheiden und als Demokratiebildung zu verknüpfen.
- (9) Politische Bildung reflektiert die Voraussetzungen und Bedingungen von demokratischer Beteiligung. Deshalb orientiert sie sich am Prinzip der Chancengleichheit.

Bildungspolitische Forderungen

- (10) Politische Bildung muss in allen Bildungsgängen verankert werden (allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Aus- und Weiterbildung).
- (11) Die Förderung politischer Mündigkeit gehört zum Kern des Bildungsauftrages aller Schulen.
- (12) Sozialwissenschaftliches Lernen bedarf eines integrierenden Kernfaches der Politischen Bildung, das durchgängig mit mindestens zwei Wochenstunden unterrichtet wird.
- (13) Der mehrperspektivische Zugriff verlangt sozialwissenschaftlich und fachdidaktisch ausgebildete Lehrkräfte.
- (14) Hochschulen müssen die Politische Bildung aller Studierenden und insbesondere aller Lehramtsstudierenden fördern. Studienseminare setzen dies fort und bilden die Fachlehrkräfte für Politische Bildung aus.
- (15) Durch die Jugend- und Erwachsenenbildung wird Politische Bildung als lebenslanges Lernen unterstützt. Die zivilgesellschaftlichen Träger müssen durch Projektförderung und institutionelle Förderung abgesichert werden.
- (16) Politische Bildung braucht eine institutionalisierte fachdidaktische Forschung an den Hochschulen. Sie benötigt ein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie.